

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 17 (1941-1942)
Heft: 1

Artikel: Die Behörde erwartet vom Volk... : das Volk erwartet von der Behörde...
Autor: Huber, Fortunat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1067014>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Die Behörde erwartet vom Volk ... Das Volk erwartet von der Behörde...

Von Fortunat Huber

Illustration von H. Tomamichel

Eine im übrigen gescheite und wohlmeinende Frau erzählte mir kürzlich allen Ernstes, sie wisse nun schon, weshalb wir so wenig Eier hätten. Sie habe erfahren, dass die Bauern die Hühner schlachteten, um den Städtern zu dem festgesetzten Preis keine Eier verkaufen zu müssen. Ich bin kein Fachmann in Hühnerfragen. Ich möchte mir den Eid ersparen, dass es in der ganzen Schweiz keine einzige Bäuerin gäbe, die ihren Hühnern aus diesem Grunde den Hals umdrehen würde.

Es gibt bei uns, wie in jedem Volk, in allen Ständen und darum notwendig auch bei den Bauern, vereinzelte aufgeregte Hühner. Aber todsicher ist, dass diese in verschwindender Minderheit sind, und die Schweizer Bäuerin, wenn sie schon ihren Hühnerbestand verringern sollte, es nicht tut, um der Stadtbevölkerung die Eier vorzuenthalten.

Als ich die Frau fragte, ob sie bei jenen Bauernfrauen, die sie selber kenne, eine solche Haltung für wahrscheinlich

halte, wurde sie schon etwas unsicher. Ich bin überzeugt, dass ihr besseres Ich nie wirklich an ihr Greuelmärchen glaubte und, da sie eine vernünftige und tüchtige Frau ist, inzwischen bestimmt den Weg gefunden hat, um aus den Eiern, die sie bekommt, das Beste für ihren Haushalt herauszuschlagen.

Unsere Gespräche über die Ernährungslage und die kriegswirtschaftlichen Massnahmen, dieser Meister zu werden, geben ein trübes Bild von unserer Einsicht in die Notwendigkeiten des Tages. Es sind zum grossen Teil zugespitzte und wenig überlegte Aeusserungen des Aergerers über Dinge, die das Leben beschwerlich machen. Hat sich der Aerger Luft gemacht, setzt die Ueberlegung ein. Und dann tut der Schweizer und die Schweizerin im allgemeinen das Vernünftigste, was sich tun lässt: jeder sucht auf seine Weise sich mit den veränderten Ernährungsmöglichkeiten und den behördlichen Massnahmen abzufinden.

* * *

Es gibt eine ganze Gattung von Zeitungsartikeln, die nicht ernster zu nehmen sind als die Gespräche über das gleiche Thema. Sie stammen aus zwei Lagern. Die einen von seiten der Behörden, die andern aus dem Publikum, oder doch von Männern, die in dessen Namen die Schreibmaschine klappern lassen. Die ersten sind überschrieben, oder könnten doch überschrieben sein: Die Behörde erwartet vom Volk. Die zweiten: Das Volk erwartet von der Behörde. Den Erwartungen beider ist gemeinsam, dass sie unvernünftig sind.

Wenn man gewisse Verlautbarungen liest, die bestimmt sind, von Amtes wegen das Volk aufzuklären und zu einer überlegteren Auffassung der behördlichen Massnahmen zu bewegen, könnte man wirklich an der Vernunft unseres Volkes zweifeln. Man müsste aus ihnen schliessen, das Volk hätte von den Behörden erwartet, dass es in unserer Versorgung überhaupt zu keinen Mangelerscheinungen gekommen wäre, dass es die Notwendigkeit der Rationierungsmassnahmen

nicht begreife und so wenig wie die Verknappung, die Verteuerung der Ware verstünde. Andere Verlautbarungen an das Volk atmen eine Arglosigkeit aus, die eines Zwitters zwischen Kaspar Hauser und Candide würdig wäre. Man müsste aus ihrem Ton annehmen, die Behörden wären bei der Entdeckung, dass die erschwerte Warenbeschaffung Hamstererscheinungen zeitigen, wie aus den Wolken gefallen, sie seien erschüttert vom Unbegreiflichen, dass es bei uns so etwas wie Schwarzhändler gibt und diese Käufer finden können, sie stünden der Tatsache fassungslos gegenüber, dass die Schweizer Hausfrauen, statt auf den ersten behördlichen Wink ihre Kauflust unbekannten Ersatzstoffen zuzuwenden, weiterhin Wolle und Baumwolle vorziehen.

Im Namen des Volkes werden ebenso übersetzte Verlangen an die Behörden gestellt: Der absolute Preisstop. Die vollständige Angleichung aller Gehälter und Löhne an die Teuerung. Die möglichst vollständige Abwälzung aller Lasten auf jene Bevölkerungsschicht, der man nicht selbst angehört. Ein definitiver Durchhalteplan, der geeignet wäre, unter Berücksichtigung aller möglichen (und unmöglich vorauszusehenden) Entwicklungen, ein für allemal unsere wirtschaftliche Zukunft zu regeln. Der Ruf nach grösserer Kompetenz der Behörden, mit gleichzeitiger Verwahrung gegen die Ueberhandnahme derer selbstherrlicher Tendenzen. Das Schüren von Mißstimmungen gegen die Behörden wird verbunden mit dem drohenden Hinweis auf die Gefahr, die daraus den Behörden erwachsen könnte.

* * *

Die Wahrheit ist die, dass weder unser Volk, noch unsere Behörden so uneinsichtig sind, wie solche Aeusserungen glauben machen. Der weitaus grösste Teil der Bevölkerung aller Stände ist sich darüber vollkommen klar, dass unsere Ernährungslage sehr schwierig ist und so sein muss, was für Massnahmen auch von unsern Behörden zu ihrer Ueberwindung getroffen worden wären. Jedermann

ist darüber im Bild, dass diese Lage sich, solange der Krieg dauert, nach menschlichem Ermessen nur verschlechtern kann. Kein Mensch macht dafür die Behörden verantwortlich. Es wird zwar sehr wenige Bürger geben, die der Ansicht sind, dass unsere Behörden in allen Fällen die allerwirksamsten Massnahmen im einzig richtigen Augenblick getroffen und diese immer in der allerzweckmässigsten Form durchgeführt haben. Dafür aber ist bestimmt die weit überwiegende Mehrzahl aller Bürger überzeugt, dass von unserer Behörde doch im grossen und ganzen die richtigen Massnahmen getroffen und diese im grossen und ganzen auch mehr oder weniger zweckentsprechend durchgeführt wurden.

Das Volk ist weit davon entfernt, an die Möglichkeit eines absoluten Preisstops zu glauben. Es fühlt genau die Unmöglichkeit, alle Löhne und Gehälter einfach im Verhältnis der eingetretenen Teuerung zu erhöhen. Jeder Stand weiss, dass er die Lasten, die uns der Krieg auflegt, nicht einfach auf die andern überwälzen kann, und er ist bereit, seinen Teil auch wirklich zu tragen. Wenn die Behörden an die « Solidarität » des Volkes appellieren, so sind sie zweifellos ihrerseits klug genug, darunter nicht mehr zu verstehen, als eben dies. Dass dabei jeder Stand darauf bedacht ist, keine grössere Last zu tragen als die andern, ist ihnen gewiss so selbstverständlich wie uns. Wenn ein Amt seine Träger etwas lehrt, dann bestimmt zuerst gerade das.

Das Volk sieht die Notwendigkeit der Rationierung durchaus ein. Die allermeisten Schweizer betrachten unsere bisherige Lage, trotz aller Rationierung, wie ein Wunder, für das sie aus tiefem Herzen dankbar sind. Aber die Behörden ihrerseits werden nicht im Ernst erwarten, dass jede neue Rationierung zunächst als etwas anderes betrachtet werde als das, was sie ist: ein Uebel. Nur ein Volk von Fakiren würde neue Einschränkungen mit Jubel begrüssen. Das sind wir nicht, aber das wissen auch unsere Behörden. Jeder durchschnittliche Schweizer ist im-

stande, aus der Verknappung der Ware die Verteuerung zu verstehen. Er schimpft über sie; aber er erträgt die Verknappung und die Verteuerung willig, solange, als er annehmen kann, dass diese zum mindesten in jenen Gütern, die er zum Leben unbedingt braucht, wie Brot und Milch, aus wirklich zwingenden Gründen erfolgt und jenes Mass nicht übersteigt, wo der beste Wille sich der Not gegenüber als ohnmächtig erweisen muss. Das Volk ist aus dem einfachen Grunde dem Auftreten des Schwarzhandels gegenüber nicht fassungslos empört, weil jeder Bürger und jede Bürgerin weiss, dass in ihm selbst ein kleiner Schwarzhändler steckt.

Es erwartet von den Behörden, denen die Unterdrückung des Schwarzhandels obliegt, keine wesentlich grössere Scharfsicht als die eigene. Es stellt auch seine Augen dafür willig zur Verfügung, wenn ihm die Behörden, ohne es zu verächtlichen Denunzianten erziehen zu wollen, immer wieder die Mittel zur Unterdrückung des Schwarzhandels und deren Anwendung klarmachen.

Kein Mensch staunt darüber, dass in Mangelzeiten gehamstert wird. Wir nehmen deshalb bestimmt mit Recht auch von unsern Behörden an, dass auch sie sich weder wundern, noch empören, wenn sich vor jeder Rationierung neben der erhöhten Bedarfseindeckung auch Fälle von Hamsterei zeigen. Das Volk erwartet seinerseits keineswegs im Ernst, dass eine beabsichtigte Rationierung, die ja nicht einfach im Radio verkündet werden kann, sondern wochen- oder monatelang vorbereitet werden muss, bis zur letzten Minute geheim gehalten werden könnte. Es sieht es nur gerne, wenn die Behörden vor der Rationierung Massnahmen treffen, die geeignet sind, dem später unvermeidlich eintretenden Hamstern Grenzen zu setzen.

Geradezu eine Beleidigung unserer Behörden wäre es, ihren Verlautbarungen Glauben zu schenken, dass sie sich wirklich darüber wunderten, wenn bei der Rationierung einer Ware sofort ein Andrang auf andere Waren erfolgt, welche die rationierten Artikel in einem bestimmten

Mass ersetzen können. Unsere Behörden sind in Wirklichkeit keineswegs so weltfremd. Sie wissen genau, dass wir einerseits keine Winkelriede und Stauffacherinnen sind, noch sein können, andererseits aber diese ehrlich als Vorbilder anerkennen und bei allen unsern Mängeln und Rückfällen ernstlich bemüht sind, ihnen nachzueifern.

Worin liegt der Grund für die unglückliche Form so vieler Aeusserungen, die im Namen der Behörde oder des Volkes erfolgen? Er steckt fast immer darin, dass die Verfasser vergessen, dass auch sie selbst zum Volk gehören. Sie stellen sich, wenn sie schreiben, ausserhalb der Gemeinschaft. Das ist ein verhängnisvoller Fehler. Wer vom Volk oder zum Volk schreibt, sollte immer bedenken, dass er selbst ein Stück dieses Volkes ist, das weder viel besser und vernünftiger, noch wesentlich schlechter und einsichtsloser als er selbst sein kann.

Eine der bedauerlichsten und bedenklichsten Folgen der weitgehenden Verstaatlichung, welche die Kriegswirtschaft mit sich gebracht hat, ist eine künstliche Trennung von Volk und Behörde. So wenig es in der Schweiz zwischen den einzelnen Ständen eine unüberbrückbare Kluft gibt und geben darf, so wenig darf eine solche Schranke Behörden und Volk trennen. Wie jeder Stand zum Volk gehört und jeder Bürger und jede Bürgerin, welche Stellung der einzelne auch einnehmen mag, so gehören auch unsere Behörden dem Volk an. Sie stehen nicht daneben. Ein Behördenmitglied, das sich ständig bewusst bleibt, selbst ein Glied des Volkes zu sein, hat einen Maßstab zur Hand, der zwar kein Zauberstab ist, aber dafür ein zuverlässiger Wertmesser aller seiner Massnahmen und Verlautbarungen. Er hat nur immer wieder sich selbst zu fragen, wie er — als Bürger — diese aufnehmen würde.

Und das Volk? Auch wir werden uns



E. Chambon

Holzschnitt

in der Beurteilung der Behörde und ihrer Massnahmen stets vor Augen halten müssen, dass die Mitglieder unserer Behörden zu uns gehören. Wir werden ihre Leistungen an unseren eigenen messen und von ihnen keine grundsätzlich tiefere Einsicht und keine grundsätzlich grössere Tatkraft auf ihrem umfassenderen Gebiet verlangen, als wir auf unserem eigenen, engeren, selbst aufbringen. Wir werden von vorneherein annehmen, dass wir auch bei ihnen

mit allen Unzulänglichkeiten rechnen müssen, die uns anhaften. Im übrigen aber wird jeder Schweizer, dessen demokratische Ueberzeugung mehr als eine Redensart ist — schon aus Gründen der Selbstachtung — seinen Behörden, die er ja unmittelbar oder mittelbar selbst bestimmt, mindestens soviel Vertrauen entgegenbringen, wie sich selbst. Ja, noch ein Stückchen mehr, da sie doch seine, des Volkes, Vertrauensleute sind.

Wie suchen oder fanden Sie Ihren Lebensgefährten?

Eine neue Rundfrage

Die Frage des Sich-Kennenlernens von jungen Leuten ist eine von den allerwichtigsten unserer Gemeinschaft. Sie ist wie immer in Zeiten, die nicht fest in einer anerkannten Tradition verwurzelt sind, auch heute keineswegs befriedigend gelöst. Im Gegensatz zu einer vielfach gehörten Auffassung ist es heute trotz der sogenannten freieren Sitten für junge Mädchen und junge Männer schwieriger als vor fünfzig Jahren, ihren zukünftigen Lebenspartner kennenzulernen.

Wir möchten durch unsere neue Rundfrage von unsern Leserinnen und Lesern hören, wie sie für sich die Lösung suchen oder fanden. Wir erwarten also Beiträge von Lesern und Leserinnen, die bisher den richtigen Weg nicht gefunden haben, anderseits solche, die zuerst auf dem falschen Wege suchten, schliesslich

aber den richtigen fanden, endlich von solchen, die gefunden haben, ohne zu suchen.

Wir glauben, dass gerade die Gegenüberstellung von Beiträgen bisher Erfolgreicher und Erfolgreicher die Antworten besonders wertvoll macht.

Theoretisieren Sie nicht, verlieren Sie sich nicht in Einleitungen, erzählen Sie frisch von der Leber weg, wie es Ihnen erging. Sie können unbesorgt sein, die angenommenen Beiträge werden anonym erscheinen. Sie werden honoriert.

Wir bitten Sie, uns Ihre Einsendungen bis zum 15. Oktober zukommen zu lassen.

*Redaktion des «Schweizer-Spiegels»,
Hirschengraben 20, Zürich 1.*